



Foto: Robert Michel

Die Bundeswehr an der Hochschule

Manchmal nehmen PressesprecherInnen kein Blatt vor den Mund. Natürlich sei auch der Hochschulleitung klar, dass in der Bevölkerung ein breiter Konsens darüber herrsche, dass keine Forschung betrieben werden solle, die kriegerische Handlungen begünstigt. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, dass über diese Forschung Arbeitsplätze und Wohlstand generiert würden. »Als Rüstungsproduzent sind wir auch einer der Exportweltmeister. Letztendlich muss jede Institution für sich entscheiden, wie sie damit umgeht.«¹ So kommentierte der Pressesprecher der Uni Köln, Patrick Honecker, das Ergebnis einer Abstimmung unter den Studierenden der Hochschule. 65 Prozent haben sich dafür ausgesprochen, »keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung zu betreiben und nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie zu kooperieren«. Im Januar 2009 hatten sich bereits die Studierenden der Uni Karlsruhe mit 63 Prozent gegen Rüstungsforschung ausgesprochen. Im Dezember 2009 griff der Senat der Uni Tübingen eine Initiative des Bildungsstreikes auf und schrieb in die Grundordnung der Universität: »Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen.« Im Juni 2011 folgte die Uni Rostock.

Die Bundeswehr hat andere Pläne. 2008 verabschiedete das Verteidigungsministerium mit der Commerzbank ein bemerkenswertes Dokument: den Celler Appell². Ziel der

Initiative ist, »das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr (zu) verbreitern.« Denn: »Weltweite Sicherheit und Stabilität tragen eine positive Rendite für die Wirtschaft – in Form niedrigerer Kosten und Risikoprämien, besserer Investitionsbedingungen, höherer Erträge, und auch in Form freierer Märkte, auf die unser Land ganz besonders angewiesen ist.«³ In dem Papier vereinbarten die VertreterInnen von Wirtschaft, Politik und Bundeswehr: »Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z. B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.« Damit sind verschiedene Motive für das Engagement der Bundeswehr an Hochschulen angesprochen. Der Pressesprecher der Uni Köln verwies auf den Forschungsbeitrag zu Rüstungsproduktion und Exportüberschuss. Rüstungsproduktion zielt freilich nicht nur auf Rüstungsexport, sondern auch auf die Aufrüstung der Bundeswehr. Deutschland gibt 34 Milliar-

¹ Vgl. <http://www.stadtrevue.de/archiv/archivartikel/2080-helm-ab-zum-studieren>

² Abrufbar auf der Seite des Bundesverteidigungsministeriums www.bmvg.de mit der Suchfunktion unter »Celler Appell«

³ Vgl. auch Bundesministerium der Verteidigung (2011): Die verteidigungspolitischen Richtlinien 2011. Unter: www.bmvg.de

den Euro im Jahr für Rüstung aus, nur sieben Staaten auf der Welt rüsten mehr.⁴ Umgekehrt dient, wie oben zitiert, die Bundeswehr der Absicherung der gesamten deutschen Exporte. Der Celler Appell benennt ein weiteres Motiv: Die Hochschulen sind wichtig, um Verständnis für die Militäreinsätze zu wecken.

Rüstungsforschung an Hochschulen

In den letzten zehn Jahren erhielten mindestens 47 Hochschulen Forschungsaufträge vom Bundesministerium für Verteidigung.⁵ Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Ein großer Teil militärisch relevanter Forschung wird nicht als militärisch deklariert. Dies gilt beispielsweise für weite Teile des Programms für »zivile« Sicherheitsforschung mit Schwerpunkten bei Sensorik und Robotik und Mustererkennung.⁶ Ein Beispiel für Rüstungsforschung ist die Fakultät Munich Aerospace, die 2010 von der TU München, der Universität der Bundeswehr München, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und Bauhaus Luftfahrt gegründet wurde. Bauhaus Luftfahrt ist ein Zusammenschluss von EADS, Liebherr-Aerospace und MTU Aero Engines. Es geht um die Bündelung der »industriellen Forschungs- und Fertigungskompetenzen« mit 55 Professuren in Forschung und Lehre. Geforscht werden soll unter anderem an Drohnen und Raketenantrieben.⁷

Dual-Use-Technologie

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist ein gutes Beispiel für das Problem, zivile und militärische Forschung voneinander zu trennen. Die Technik kann sowohl zum Retten als auch zum Töten von Menschen eingesetzt werden (»dual use«). Oft, etwa im Falle des Automobils und der Kernenergie, war jedoch der potenzielle militärische Nutzen ein entscheidender Grund für die Entwicklungsförderung vermeintlich ziviler Technologien.

Auffällig ist, dass in Deutschland viele Forschungsprojekte als zivil gelten, die in den USA der militärischen Forschung zugerechnet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Militär darauf keinen Einfluss nimmt. Dies machten 1989 die Bundesminister für Forschung und für Wirtschaft in ihrem Zukunftskonzept Informationstechnik klar: »Die Bundeswehr versucht, den Anteil der spezifisch militärischen Informationstechnik möglichst gering zu halten und sich weitgehend auf Entwicklungen für den zivilen Bereich abzustützen. (...) In Zukunft wird auch verstärkt darauf hinzuwirken sein, sogenannte Dual-use-Technologien

intensiver zu nutzen, d.h. zu versuchen, militärische Forderungen bei zivilen Entwicklungen frühzeitig mitberücksichtigen zu lassen beziehungsweise auf derartige Dual-use-Technologien in Form von Add-on-Programmen aufzusetzen, um den militärischen Bedarf zu decken.«⁸ Wichtig ist daher, dass die Hochschulen nicht nur technisches Wissen und qualifizierte Fachkräfte hervorbringen, sondern auch wissenschaftlich reflektieren, für welche Zwecke diese letztlich eingesetzt werden. Andernfalls liefern die Hochschulen ihre Ergebnisse »an beliebige Zwecke aus«, wie der SDS 1961 schrieb.⁹

Die Auslieferung an beliebige Zwecke wird durch die Bologna-Reformen zweifach institutionell abgesichert: bezüglich der Forschung durch die Drittmittelabhängigkeit, bezüglich der Studierenden durch die Reduzierung des Stoffs auf Arbeitsmarktgängigkeit (»employability«). Bei der wissenschaftlichen Reflexion der gesellschaftlichen Zwecke von Lehre und Forschung stellt sich jedoch ein Problem. Ein Dual-use-Gut par excellence sind die ehemaligen Studierenden selbst. JuristInnen, IngenieurInnen, BiologInnen können für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben eingesetzt werden, oder aber direkt oder indirekt zur Produktion von Waffen beitragen. Zwar ist die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsproduktion gering, aber viele Großunternehmen haben auch militärische Geschäftsaktivitäten. Zudem ist für die einzelnen Beschäftigten in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft der letzte Zweck der Produktion meist nicht zu erkennen. Der größte Teil der Rüstungsforschung sowie die Rüstungsproduktion finden in Privatunternehmen statt. Wenn die Beschäftigten dort nicht in die Lage versetzt werden, über die Zwecke ihres Tuns mitzubestimmen, bleibt die kritische Diskussion an der Hochschule weitgehend unwirksam. Die Anwendung der Forschungsergebnisse in der Produktion selbst muss daher zum Gegenstand demokratischer Entscheidungen werden und kann nicht dem Profitmaximierungskalkül der Kapitaleigner überlassen bleiben.

Akademische Unterstützung für Kriege

Seit dem Ende des Wirtschaftsbooms in den 1970ern befinden sich die entwickelten kapitalistischen Staaten in einer Phase der langfristigen Stagnation. Das führt zu verschärfter wirtschaftlicher Konkurrenz. Der Zusammenbruch des Ostblocks und der Aufstieg einiger Schwellenländer haben die Staatenkonkurrenz aus der Zwangsjacke der Blockkonfrontation gelöst. Dies ist der Hintergrund für die Militarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1990. Die Bundeswehr hat ein erhebliches Akzeptanzproblem, seit sie sich in eine »Armee im Einsatz« verwandelt hat. Die Ablehnung von Krieg ist in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. 1991 stellte deshalb Generalinspekteur Dieter Wellershoff die

⁴ Vgl. <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/factsheet2010>

⁵ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15.6.2011, Bundestags-Drucksache 17/6200: http://dokumente.linksfraktion.de/drucksachen/22263_1706200.pdf (Zugriff 2.7.2011)

⁶ Vgl. <http://www.bmbf.de/de/6293.php>

⁷ Vgl. TU München: Internationale Adresse der Luft- und Raumfahrt: Fakultät Munich Aerospace startet. Pressemitteilung vom 9.7.2010: http://portal.mytum.de/pressestelle/pressemitteilungen/news_article.2010-07-09.1953017012 (Zugriff 2.7.2010)

⁸ Zitiert nach Wolfgang Liebert (2011): Dual-use-Problematik – Was ist das, wie erkenne ich sie, wie setze ich mich damit auseinander?, S. 122. Vortrag auf dem Kongress »Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre. Ja zur Zivilklausel.« 27.-29. Mai 2011, TU Braunschweig

⁹ SDS (1961): Hochschuldenkschrift. http://harte--zeiten.de/dokument_397.html (Zugriff 2.7.2011)

Frage, »ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben.«¹⁰ Wellershoff stand unter dem Eindruck der Proteste gegen den zweiten Irak-Krieg. 1992 antwortete Verteidigungsminister Rühle auf die These, weder BürgerInnen noch Bundeswehr seien auf »militärische Ausflüge« vorbereitet: »Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.«¹¹ Die Hochschulen sollen dabei helfen.

RepräsentantInnen der Bundeswehr werden an den Hochschulen platziert und referieren mit vermeintlich wertfreier wissenschaftlicher Objektivität über internationale Konflikte. Dabei schlägt die Objektivität oft in Apologie der herrschenden Politik um. Deutlich wird dies an der Uni Tübingen, die sich 2009 mit einer Zivilklausel auf friedliche Zwecke verpflichtet hat. Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz, ist im Mai zum Ho-

¹⁰ Der Spiegel, 25.3.1991

¹¹ Der Spiegel, 20.07.1992

norarprofessor ernannt worden. Zeitgleich erschien im Cicero ein Interview mit ihm (»Es gibt keine gerechten Kriege – aber notwendige«). Die Münchener Sicherheitskonferenz, eines der weltweit wichtigsten Treffen von AußenpolitikerInnen und Militärs, spielte eine wichtige Rolle bei der Koordination der Interventionen im Irak, in Afghanistan und Libyen. Die Zivilklausel an der Uni Tübingen verhindert die Honorarprofessur nicht, aber sie bietet Möglichkeiten, die Kriegspolitik zum Thema zu machen.

Seit zehn Jahren führt die Bundeswehr nun in Afghanistan einen verheerenden Krieg. Er muss beendet werden. Dazu kann eine wissenschaftliche Debatte beitragen, die aufdeckt, welche Folgen der Krieg für die Menschenrechte hat und welche Interessen die Akteure wirklich verfolgen.

von Nicole Gohlke

Abgeordnete des Deutschen Bundestages
und Hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion
Mitglied der GEW Bayern



Mit »Zivilklausel« gegen Rüstungsforschung an Hochschulen



Die Initiative »Hochschulen für den Frieden«, der sich auch die GEW angeschlossen hat, fordert in einer gemeinsamen Erklärung eine Zivilklausel für Universitäten. Die UnterzeichnerInnen wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung von Problemen und Konflikten in dieser Welt leisten, anstatt Forschungsmittel für die Rüstung zu verwenden. Sie kritisieren die fächerübergreifende Vereinnahmung und die intransparente Einflussnahme des Militärs auf die akademische Lehre.

Für Militärforschung an den Hochschulen werde Geheimhaltung angeordnet, Informationszugang bekomme nur ein kleiner Kreis von Auserwählten und mit Geheimchutzregeln werde der Einfluss der Militärs auf die akademische Lehre verstärkt.

Die Initiative will die Friedensbewegung an den Hochschulen stärken und in Kooperation mit internationalen Initiativen (UNI, INES) vernetzen und weiterentwickeln.

Dabei sucht sie Verstärkung für weitere Proteste, Veranstaltungen und Tagungen und ist offen für alle, die sich für friedliche Konfliktregelungen und gegen die Militarisierung des Wissenschaftssystems wenden.

Die InitiatorInnen rufen außerdem dazu auf, den internationalen Appell gegen jegliche Militärforschung an Universitäten, der von mehreren NobelpreisträgerInnen unterzeichnet wurde, weiterzuverbreiten und weitere Unterschriften für ihn zu sammeln.

Auf der GEW-Homepage finden sich eine Vielzahl von Unterlagen und weiterführenden Links: http://www.gew.de/Zivilklausel_an_Hochschulen_und_Forschungseinrichtungen.html

Foto: Arbeiterfotografie, www.arbeiterfotografie.com